

Beschlüsse
SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt
Parteitag, 21. November 2015

- A01/2015** **Änderung der Geschäftsordnung für den Unterbezirksparteitag der SPD Bremen-Stadt**
Antragsteller: Unterbezirksvorstand
- A02/2015** **SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt zukunftsfähig machen – Perspektive 2029**
Antragsteller: Ortsverein Horn-Achterdiek
- A03/2015** **Flüchtlinge dauerhaft aufnehmen – Wachsendes Bremen sozial gerecht gestalten**
Antragsteller: Ortsverein Walle
- A04/2015** **Unterbringung von schutzbedürftigen Flüchtlingen**
Antragstellerin: Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen
- A05/2015** **Entscheidung zur Wohnungspolitik**
Antragsteller: Ortsverein Buntentor
- A06/2015** **Größere Einbeziehung hinsichtlich der Planungen zur Einbahnstraßenregelung für den „Am Wall“**
Antragsteller: Ortsverein Schwachhausen-Nord
- A07/2015** **Chancengerechtigkeit und Armutsprävention**
Antragsteller: Unterbezirksvorstand
- A08/2015** **Planungen für die Einrichtung einer geschlossenen Erziehungseinrichtung für in Bremen ansässige Jugendliche**
Antragsteller: Ortsverein Schwachhausen-Nord
- A09/2015** **Zügige Entwicklung und Bebauung des Gebiets Brokhuchting**
Antragsteller: Ortsverein Huchting-Grolland

Geschäftsordnung für den Unterbezirksparteitag der SPD Bremen-Stadt

1. Der/die 1. Vorsitzende des Unterbezirks oder seine/ihre Vertreter(in) eröffnet den Unterbezirksparteitag und leitet die Wahl des fünfköpfigen Präsidiums, welches die Versammlungsleitung wahrnimmt.
2. Der Unterbezirksparteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Die Beschlussfähigkeit wird durch die Mandatsprüfungs- und Zählkommission und nach ihrem Bericht nur auf Antrag festgestellt.
3. Anträge können von Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften, den vom Unterbezirksvorstand eingesetzten Arbeitskreisen und Foren sowie vom Unterbezirksvorstand eingebracht werden. Antragsberechtigt sind außerdem Arbeitsgemeinschaften sowie Arbeitskreise/Foren mit Delegiertenstatus auf Landesparteitagen, die nicht auch auf Ebene des Unterbezirks vertreten sind. Anträge, die bis zum 14. Tag vor dem Parteitag im Parteibüro eingehen, werden zusammen mit der Einladung per Post an die Delegierten verschickt. Die gestellten Anträge werden vom Unterbezirksvorstand im Sinne einer Antragskommission – in Rückkopplung mit den Antragstellerinnen/Antragstellern – für die Beratung vorbereitet. Politische Aussagen der Antragstellerinnen/Antragsteller und Kontroversen müssen sichtbar bleiben.

Anträge aus der Mitte des Parteitages (Initiativanträge) werden nur behandelt zu Themenbereichen, die sich unmittelbar vor einer Versammlung zu aktuellen Fragen ergeben haben und zur Zeit der Antragsfrist nicht bekannt waren. Sie müssen von mindestens zwanzig stimmberechtigten Delegierten des Parteitages unterschrieben sein. Über die Reihenfolge der Behandlung der Initiativanträge entscheidet die Versammlung auf Vorschlag des Präsidiums.

Bei aktuellen Ereignissen kann ihrer Beratung unter Aktuelles in der Tagesordnung Raum gegeben werden. Der Zeitraum ist zu begrenzen, um der Antragsberatung ausreichend Raum zu geben. Dies wird am Beginn des Parteitages vom Präsidium als Änderung der Tagesordnung bekanntgegeben und vom Parteitag entschieden.

4. Rederecht haben grundsätzlich alle Delegierten und Ersatzdelegierten sowie in der Sache alle Antragstellerinnen und Antragsteller nach Punkt 3 der Geschäftsordnung. Das Präsidium kann außerdem allen Mitgliedern der SPD Rederecht erteilen. Gäste können auf Beschluss des Parteitages Rederecht erhalten.
5. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Wird ein Abstimmungsergebnis angezweifelt, ist über das Abstimmungsergebnis eine Entscheidung des Präsidiums herbeizuführen. Das Abstimmungsergebnis ist auszuzählen, falls das Präsi-

dium nicht einstimmig entscheidet, oder falls die Auszählung von einem stimmberechtigten Mitglied des Unterbezirksparteitages ausdrücklich beantragt wird.

6. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsstellenden erhalten außerhalb der Redeliste das Wort. Über Anträge zur Geschäftsordnung ist nach je einer Für- und Gegenrede offen abzustimmen. Persönliche Erklärungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.
7. Das Präsidium ist für die Einhaltung der Geschäftsordnung und der beschlossenen Redezeiten verantwortlich. Die Rednerinnen/Redner erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort. Sofern in Debatten Auskünfte bzw. Stellungnahmen vom Unterbezirksvorstand verlangt werden, können Mitglieder des Vorstandes außerhalb der Reihenfolge der Rednerinnen-/Rednerliste das Wort erhalten. Der Schluss der Redeliste tritt ein durch Erledigung der Redeliste oder durch Beschluss des Parteitages. Wer sich an der Aussprache beteiligt hat, kann keinen Schluss der Redeliste oder der Aussprache beantragen. Wird von einem/einer stimmberechtigten Delegierten der Schluss der Redeliste oder der Aussprache beantragt, so ist die Redeliste zu verlesen. Nachdem eine stimmberechtigte Delegierte/ein stimmberechtigter Delegierter für den Schluss und eine oder einer dagegen gesprochen hat, wird abgestimmt. Spricht niemand dagegen, gilt der Antrag als angenommen. Wenn die ordentliche Beratung aller Anträge nicht sichergestellt werden kann, soll im Verlauf des Parteitages rechtzeitig eine Vertagung erwogen werden. Darüber und über die Möglichkeit einer Abstimmung ohne Debatte, beispielsweise für das Erreichen von Fristen, entscheidet der Parteitag auf Vorschlag des Präsidiums. Findet der Parteitag als Abendveranstaltung vor einem Werktag statt, ist ein Ende gegen 22:00 Uhr anzustreben. Der/die Unterbezirksvorsitzende schließt dann den Parteitag.
8. Die Unterbezirksparteitage können mit einer mitgliedsoffenen Parteikonferenz zu einem Arbeitsparteitag zusammengefasst werden. Die Beschlussfassung erfolgt im Delegiertenprinzip.

Beschlossen auf dem Unterbezirksparteitag am 27. November 2013.

Geändert auf dem Unterbezirksparteitag am 21. November 2015.

SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt zukunftsfähig machen – Perspektive 2029

Der Parteitag fordert den Vorstand auf,

1. unverzüglich einen Plan zu entwickeln, der Maßnahmen beschreibt, um die Organisationsfähigkeit des Unterbezirks wiederherzustellen und diesen dem Parteitag vorzulegen oder neue Organisationsformen vorzuschlagen.
2. Parteitage zur besseren Diskussionsmöglichkeit zeitlich entsprechend so zu planen und zu moderieren, dass ausreichend Raum für ausführliche und strukturierte Debatten geboten wird – etwa indem die Redezeit pro Statement klar festgelegt und durchgesetzt wird.
3. verstärkt auch zwischen den Parteitagen inhaltliche Diskussionen oberhalb der Ebene der Ortsvereine, Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise und Foren im Unterbezirk zu befördern, z. B. durch die Schaffung temporärer, themengebundener Diskussionsforen.
4. Parteitagsunterlagen innerhalb der üblichen Frist und Form allen Parteimitgliedern in gleicher Weise digital zugänglich zu machen.
5. Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise und Foren durch mehr Rechte und Pflichten zu stärken. Das bedeutet unter anderem, ihnen ein Antragsrecht zu Parteitagen zu ermöglichen, ihre Arbeit durch Hinweise an Bestands- und Neumitglieder zu stärken und die Parteimitglieder auf ihre Veranstaltungen hinzuweisen. Gleichzeitig soll ihre Arbeit (Anzahl der Treffen, Anzahl der Teilnehmenden, Häufigkeit von Anträgen) so begleitet werden, wie es auch bei den Ortsvereinen - z. B. durch eine regelmäßige Abfrage - geschieht.
6. Termine der Gliederungen im Vorfeld zentral anzukündigen und hierfür die Homepage des Unterbezirks so zu überarbeiten, dass die Inhalte auch mobil, z. B. mit dem Smartphone, abrufbar sind.
7. unverzüglich einen Plan zu entwickeln und dem Parteitag vorzulegen, der Maßnahmen beschreibt, um die Betreuung von Neumitgliedern zu verbessern sowie ihre schnelle Einbindung in das aktive Parteileben zu ermöglichen, um sie so dauerhaft zu halten. Der Plan soll insbesondere auch Maßnahmen enthalten, die durch den Unterbezirk in Abstimmung mit den Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreisen und Foren durchgeführt werden können. Hierbei ist insbesondere darauf zu achten, dass die unterschiedlichen Gliederungsebenen nicht dieselbe Arbeit machen. Ressourcen der Ehrenamtlichen sollen effizient eingesetzt werden.
8. sich laufend und angemessen um klassische (Presse und Print) und moderne (Website und soziale Medien) Öffentlichkeitsarbeit zu kümmern. Dies gilt insbesondere für die Zeit vor, während und nach Parteitagen.

9. ein Organigramm des Vorstandes und ein Organigramm der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Parteibüros zur Verfügung zu stellen, aus dem Aufgaben und Kontaktdaten hervorgehen. Dabei soll auch deutlich werden, wie der Unterbezirk durch seinen Vorstand und die Hauptamtlichen des Parteibüros zur Zeit die in ihm organisierten Ortsvereine, Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise und Foren unterstützen kann. Der Vorstand soll zudem abfragen, welche darüber hinaus gehenden Bedarfe der Unterstützung seitens der zuvor genannten Gliederungen bestehen und erklären, ob und wie diese durch den Unterbezirk bedient werden können.
10. beschlossene Anträge sowie den aktuellen Stand dazu online, auf eine möglichst einfache Art und Weise, zugänglich zu machen.
11. gemeinsam mit den Ortsvereinen, Arbeitskreisen und Arbeitsgemeinschaften Infostände außerhalb von Wahlkämpfen zu planen und hierfür Material (z. B. Doppelseitig bedruckte DIN-A4-Blätter) gedruckt und digital zur Verfügung zu stellen.

Flüchtlinge dauerhaft aufnehmen – Wachsendes Bremen sozial gerecht gestalten!

In diesem Jahr werden voraussichtlich 10.000 Menschen auf der Suche nach Schutz und menschenwürdigen Lebensbedingungen ins Land Bremen kommen. Ihre Unterbringung und Aufnahme ist unsere humanitäre Verpflichtung. Angesichts der in ganz Deutschland im letzten Jahrzehnt stark zurückgefahrenen öffentlichen Strukturen ist die Zahl und die kurze Zeitspanne, in der Menschen bei uns ankommen, eine große Herausforderung. Dieser Herausforderung nehmen wir uns in Bremen mit Engagement und entschlossen auf allen Ebenen an.

Derzeit sind die Herausforderungen sogar so, dass wir unsere eigenen Ansprüche an Unterbringungsstandards im Land Bremen nicht mehr überall erfüllen können. Um dem Schutzbedarf der Flüchtlinge gerecht zu werden, mussten wir anerkennen, dass Notunterkünfte und Behelfslösungen nötig sind und Menschen in Zelten und (Sport-) Hallen ein erstes Obdach finden. Nicht immer ist die Notwendigkeit dieser Lösungen gut vermittelt worden.

Die derzeitige Situation erfordert von geflüchteten Menschen die Duldsamkeit, zunächst in Notunterkünften zu sein und von uns als aufnehmende Bremer Gesellschaft ein hohes Maß an Solidarität, auch unter den Stadtteilen. Wenn Schulklassen zusammenrücken, damit die Vorkurse und neue Schülerinnen und Schüler Platz finden, wenn Sportvereine erleben, dass kein anderer Raum als die Sporthalle als Unterkunft zu finden ist und Einschränkungen für den Sport unvermeidbar sind, dann wird die Solidarität konkret, unmittelbar und unverzichtbar.

Nur dank dieser Solidarität, dem beeindruckenden Engagement einer immer größeren Zahl an Bremerinnen und Bremern, die ehrenamtlich helfen, dem Einsatz der Hauptamtlichen der Flüchtlingsarbeit, ob in Behörden oder bei Trägern und dem Zutun und Werben vieler in den Beiräten konnten die bisherigen Leistungen geschafft werden. Wir sind stolz auf unsere Stadt, und wir wissen: Wir werden diese Solidarität und das Miteinander auf Augenhöhe mit den Flüchtlingen auch in Zukunft brauchen. Denn nicht übersehen dürfen wir, dass die Sorge vor zu großen Einschränkungen wächst. Rechtspopulisten und Faschisten von AfD bis NPD setzen an diesen Sorgen mit ihrer menschenverachtenden Propaganda an. Dem müssen wir entschieden entgegen treten. Und wir müssen deutlich machen, dass die steigende Zahl von zu uns kommenden Menschen nicht zu Lasten der Versorgung der bei uns schon Ansässigen geht. Deshalb ist es richtig, wenn erhebliche zusätzliche Mittel mobilisiert wurden und werden, um schnelle Hilfen, mehr Personal und zusätzliche Infrastrukturen aufzubauen und bereitzustellen.

Wir müssen rechtzeitig an die mittel- und langfristige Perspektive denken: Viele der Ankommenden von heute sind Bürgerinnen und Bürger Bremens von morgen! Das ist auch eine große Chance für unsere Stadt. Bremen wird spürbar wachsen. Ausgehend

von den heutigen Zuwanderungszahlen – neben Flüchtlingen auch die Zuwanderung aus EU-Staaten – wird die Stadt bis 2020 noch einmal mindestens 30.000 Bremerinnen und Bremer mehr umfassen. Dabei wissen wir, dass viele der zu uns Geflüchteten den gefährlichen Weg allein auf sich genommen haben, um ihre Familien nachzuholen, um auch sie in Sicherheit zu bringen. Den Familiennachzug zu beschränken würde vor allem Frauen, Kinder und ältere schutzlos der Gewalt in ihrer Heimat ausliefern oder sie auf die gefährlichen Fluchtwege treiben. Für uns sind derartige Restriktionen daher inhuman.

Als Bremer Sozialdemokratie nehmen wir die Herausforderung an, das wachsende Bremen sozial gerecht zu gestalten. Wir wollen daher jetzt damit beginnen, die soziale Infrastruktur Bremens auf 600.000 Einwohnerinnen und Einwohner auszurichten! Das bedeutet nicht weniger als die Kapazitäten u. a. an Wohnraum, Schulen und KiTas eines Stadtteils von der Größe Huchtings neu zu schaffen.

Kommunales Wohnbauprogramm jetzt auflegen

Das Wohnbauförderprogramm des Senats wird nicht ausreichen, um ausreichende Wohnungsangebote für breite Bevölkerungsschichten und deren verschiedene Lebensphasen/Lebensbedarfe zu sorgen. Bereits jetzt benötigt Bremen 14.000 neue Wohnungen bis 2020, unsere Bürgerschaftsfraktion geht nun von weiteren 3.000 benötigten Wohneinheiten pro Jahr aus. Vor allem fehlen preiswerte Wohnungen. Das zeigt: Bremen braucht endlich und zügig ein eigenes kommunales Wohnungsbauprogramm!

Die SPD fordert, die Gewoba weiter zu stärken und mit dem erforderlichen Zugang zu günstigen Kreditmitteln auszustatten, um künftig auch stärker als Bauherr aufzutreten. Der Senat ist gefordert, bedarfsgerechte Ausbauziele vorzulegen und das historisch niedrige Zinsniveau zu diesem Zweck zu nutzen. In das kommunale Wohnungsprogramm wollen wir auch das Studentenwerk einbeziehen, um Studierenden wieder günstigen öffentlichen Wohnraum anbieten. Ziel ist, die Wohnheimversorgung von rund 6,5 Prozent auf den Bundesdurchschnitt von 10 Prozent zu heben und damit auch eine Entspannung auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt zu bewirken.

Wir werden vermeiden, dass Neubaumaßnahmen zu einem Verdrängungsprozess anderer Bevölkerungsteile führen. Auch für Familien mit dem Wunsch nach einem bezahlbaren eigenen Haus wollen wir auf bremischen Gebiet attraktive Angebote machen. Es ist für uns offensichtlich, dass es dazu der Ausweisung neuer Flächen bedarf. Dies halten wir angesichts der weit unterdurchschnittlichen Bevölkerungsdichte Bremens im Großstadtvergleich für vertretbar. Wir appellieren an unseren Koalitionspartner, sich diesem Gestaltungsprozess nicht zu verschließen.

KiTa-Ausbau: aufholende Entwicklung verstärken

Frühkindliche Bildung ist insbesondere durch Sprachförderung ein Schlüssel zu gelungener Integration. Wir begrüßen die Vereinbarung, die Mittel des Betreuungsgeldes in den KiTa-Ausbau zu investieren. Dies ist angesichts der wachsenden Kinderzahlen nun

noch notwendiger geworden Mehr als jeder achte Flüchtling ist im KiTa-Alter. Allein in 2015 sind das rund 1.500 Kinder unter sechs Jahren, die in unserer Stadt ihre Bildungskarriere beginnen. Die Festlegung im Koalitionsvertrag, in jedem Stadtteil eine Versorgungsquote von 50 Prozent in der U3-Betreuung zu erreichen, um eine aufholende Entwicklung in den sozial schwächeren Stadtteilen zu schaffen, hat eine neue Dimension erhalten. Da viele der nach Bremen zuwandernden Menschen in die Stadtteile mit niedrigen Lebenshaltungskosten ziehen werden, muss diese Anstrengung noch einmal verstärkt werden. Dieser Herausforderung nimmt sich die SPD an. Sie ist für uns eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Die Integrationsarbeit auch in Bremer KiTas wird durch den Bund z. B. mit dem Kita-Sprachprogramm „Frühe Chancen“ unterstützt. Wir fordern den Senat auf, sich gegenüber dem Bund für eine Aufstockung der relevanten Programme einzusetzen, damit neben dem quantitativen Ausbau auch die Qualität der Integrationsarbeit bei den Kleinsten für gute Startvoraussetzungen sorgen kann.

Flexible Bildungswege für individuelle Angebote

Vor ähnlichen wachsenden Bedarfen steht die Schulversorgung. Angesichts eines Anteils von 25 - 30 Prozent jungen Menschen an den Geflüchteten und den Zuwanderinnen und Zuwanderern aus den EU-Staaten sind die Kapazitäten unserer Schulen zu erweitern, insbesondere in den Stadtteilen mit bereits derzeit angespannter Versorgungslage. Wenn z. B. im Bremer Westen schon heute Schulplätze fehlen, die Allgemeine Berufsschule unter Raumnot in ungeahntem Ausmaß leidet und allerorten Standorte für Vorkurse gesucht werden, dann bedeutet das einen Bedarf an Schulbauten und keinen Verzicht. Betreffend den Prüfauftrag zum Campus Ohlenhof hat sich zwischen Juni diesen Jahres und heute die Arbeitsgrundlage für den Senat geändert. Bremen braucht den Ohlenhof. Wir begrüßen daher die positive Entscheidung der Bildungssenatorin zum Bau der Oberschule Ohlenhof, die sich u. a. den Realitäten an zunehmende Kinderzahlen durch Flüchtlinge anpasst.

Auch für junge geflüchtete Menschen über 18 Jahren brauchen wir schulische Angebote. Viele Flüchtlinge kommen mit abgebrochenen oder durch die Jahre der Flucht unterbrochenen Schulkarrieren zu uns. Sie müssen eine Chance haben, einen Schulabschluss zu vollenden, und das bedeutet auch, über das 18. Lebensjahr hinaus beschult zu werden. Wir fordern die Bürgerschaftsfraktion auf, die Schulpflicht wo nötig auf 21 Jahre auszuweiten und den Senat, die derzeitigen schulischen Angebote an ABS und berufsbildenden Schulen z.B. im Umfeld der Erwachsenenenschule um Angebote zu erweitern, die junge Erwachsene zu Schulabschlüssen hinführen.

Das bundesweit beachtete Programm „In Touch“ der Universität Bremen belegt den Beitrag, den unsere Hochschulen zur Integration leisten können. Dieses Potenzial wollen wir heben, um Geflüchteten mit Hochschulreife oder akademischer Ausbildung den zügigen Erwerb oder die Anerkennung akademischer Abschlüsse zu ermöglichen. Neben gleichem Zugang zum BAföG benötigen Asylsuchende dafür ein verstärktes Angebot an Sprachkursen im Hochschulbereich. Wir bitten den Senat, den (Wieder)-Aufbau eines Studienkollegs zu diesem Zweck zu prüfen. Wir wollen, dass alle Anstrengungen

unternommen werden, damit auch Bremen von der seitens des BMBF zugesagten Förderung von 2.400 Studienkollegplätzen zusätzlich zur Unterstützung geflüchteter Studierender profitiert.

Integration in den Arbeitsmarkt: Vorrang für Qualifizierung

Arbeit ist der Schlüssel zu Eigenständigkeit und sozialer Teilhabe. Wir stehen nun vor der Herausforderung, Asylsuchende und Geduldete vor Ort in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Für uns als SPD ist klar: Schnelligkeit ist wichtig, aber Nachhaltigkeit geht vor! Wir wollen prekäre Beschäftigung vermeiden und keine Talente ungenutzt lassen. Die Forderung der Bremer FDP nach Aussetzung des Mindestlohns ist eine durchschaubare List und mit uns nicht zu machen. Vorrang haben für uns nicht Billiglöhne, sondern Qualifizierungen und gute Arbeit!

Die Ausbildungsgarantie ist ein Meilenstein für Bremens Jugend, der jetzt an die künftig erhöhten Zahlen angepasst werden muss. Dabei müssen endlich auch die betrieblichen Plätze spürbar steigen. Die „Bremer Vereinbarung“ ist ein geeigneter Ort, um die zusätzlichen Bedarfe zu analysieren und Finanzierungsmodelle zu diskutieren, die alle Beteiligten – nicht nur den Staat, sondern auch die Betriebe – in die Verantwortung ziehen. Vom Bund erwarten wir, dass künftiger jeder Mensch, der eine Ausbildung absolviert, einen gesicherten Aufenthaltsstatus unabhängig von ihrer Bleibeperspektive erhält, damit keine Ausbildung mehr am Aufenthaltsrecht scheitert.

Ein entscheidender Schlüssel für die Integration in Arbeit und Gesellschaft liegt in der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen. Mit der landesseitigen Anerkennungsberatung haben wir bereits wichtige Strukturen geschaffen. Das Jobcenter und die Agentur für Arbeit sind nun verstärkt gefordert, Qualifikationen von Neuzugewanderten zügig zu erfassen. Sie müssen in die Lage versetzt werden, Weiterbildungsbedarfe im Profiling zielgenauer zu erkennen und berufsbezogene Bildungs- und Beschäftigungsangebote in Kombination mit Sprachförderung schnell zu ermöglichen. In der Trägerversammlung und im Beirat des Bremer Jobcenters wollen wir analysieren, welche Anforderungen sich daraus ergeben und die nötigen Weichen stellen. Dazu zählen insbesondere die Frage nach verstärkter Personalzuweisung durch den Bund sowie einem besseren Instrumentenkasten vor Ort, besonders im Bereich der Sprachförderung.

Die Finanzierung von Maßnahmen ist, wie die Aufnahme von Flüchtlingen insgesamt, auch eine europäische Verantwortung. Wir fordern von der EU eine deutliche Aufstockung der Arbeitsmarktmittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) und so einen angemessenen europäischen Beitrag zur sozialen Teilhabe von Geflüchteten zu leisten.

Wachsende soziale Infrastrukturen für die wachsende Stadt

Die genannten Bereiche sind keine abschließende Aufzählung. Sport, Kultur und Gesundheit sind prominente Beispiele für weitere Bereiche, die das Leben in der Stadt ausmachen und unsere Stadtgesellschaft zusammenhalten. Auch sie müssen mit den Bedarfen mitwachsen.

Vor dem Hintergrund aller genannten Bedarfe begrüßen wir, dass der Senat bereits die Erstellung einer Senatsstrategie „Wachsende Stadt“ angekündigt hat. Die hier genannten Punkte sehen wir dafür als notwendige Eckpunkte an. Mit ihnen wollen wir Bremen frühzeitig in eine gute Startposition versetzen, um das wachsende Bremen sozial gerecht zu gestalten.

Unterbringung von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen in Bremen

Wir fordern die Mitglieder der SPD-Bürgerschaftsfraktion und des Senats auf, dafür zu sorgen, dass in den Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge in Bremen die Belange der Frauen und Homosexuellen stärker berücksichtigt werden:

- Alle Frauen, die alleine oder mit Kindern, aber ohne Männer ankommen, müssen die Möglichkeit bekommen, getrennt von allein reisenden Männern in nur Frauen vorbehaltenen Unterkünften untergebracht zu werden.
- Für Frauen, die in Deutschland Schutz vor der Gewalt durch ihre Männer suchen, müssen ausreichend Plätze im Bremer Frauenhaus oder ähnlichen Einrichtungen zur Verfügung stehen.
- Homosexuelle Frauen, Männer, Jugendliche und transsexuelle Menschen sind durch ihre sexuelle Orientierung besonders in Gefahr, auch in Deutschland Übergriffen durch andere Flüchtlinge ausgesetzt zu sein. Auch für sie muss es Angebote zur sicheren Unterbringung außerhalb der Massenunterkünfte geben.

Entschießung zur Wohnungsbaupolitik in Bremen

Der SPD-Ortsverein Buntentor begrüßt eine stärkere Bebauung/Verdichtung von bestehenden Wohnquartieren. Wir fordern aber gleichzeitig, dass zuvor eine intensive und sinnvolle Bürgerbeteiligung stattfindet.

Bremen ist eine lebenswerte Großstadt; Bremen soll attraktiv sein und bleiben um Menschen an die Stadt Bremen zu binden und neue Bewohner in die Stadt zu locken.

Die SPD Buntentor bittet alle Bürgerinnen und Bürger, die in der Nähe neuer Bauvorhaben wohnen, alle Aspekte innerstädtischen Wohnens angemessen zu berücksichtigen. Das Wohnen in der Großstadt erfordert dabei immer auch Kompromisse, die sicher auch oft mit einer gewissen Enge der Bebauung zu tun haben. Aus unserer Sicht überwiegen jedoch zumeist die enormen ökologischen und gesellschaftlich-sozialen Vorteile der städtischen Bebauung. In den geplanten Häusern wohnen unsere Nachbarn von morgen!

1. Stadtteilentwicklung

- Neue Wohnbebauung in den Stadtteilen und auf freien innerstädtischen Flächen darf nicht auf die Planung von zusätzlichen Häusern reduziert sein. Bürgerproteste zeigen nach unserer Erkenntnis aus vielen Gesprächen, dass jeweils auch eine umfassende städtebauliche Verbesserung der jeweiligen Orts- und Stadtteile unbedingt notwendig ist. Die Finanzierung dieser Maßnahmen ist durch die Stadtgemeinde sicher zu stellen.
- Eine gute Stadtplanung erfordert, dort, wo es sinnvoll ist, unter Umständen eine Neugestaltung von Verkehrsbeziehungen (z. B. Schaffung von Einbahnstraßen um Parkraum zu generieren und verkehrsberuhigende Effekte zu generieren).
- Eine moderne Stadtplanung muss selbstverständlich auch die Freiraumplanung beinhalten, um die Aufenthaltsqualität in den Stadtteilen zu verbessern (z. B. durch Sanierung von Grünflächen, Kinderspielplätzen und Treffpunkten).
- Zur Stadtplanung gehören aber auch neue ökologische Baukonzepte, die flexibel sind und die Möglichkeit für alternative Lebensformen in allen Altersgruppen bieten. Wir begrüßen die planerischen Ideen der GEWOBA, aus denen die so genannten Punkthäuser entstanden sind. Energetisch wird ein Zustand geplant, der dem des so genannten Passivhauses entspricht. Damit werden diese Häuser allerhöchsten ökologischen und sozialen Standards gerecht und ihr Bau kann zukunftsweisend für das gesamte Land sein. Wir fordern eine zügige Umsetzung des Baus dieser Häuser an vielen Stellen in Bremen; wir halten diesen Haustyp für das „Neue Bremer Haus“.

- Neubauprojekte wie z. B. die „Gartenstadt Werdersee“ neben dem Huckelrieder Friedhof schaffen Wohnraum, der dringend benötigt wird. Gleiches gilt für die Bebauung von Flächen innerhalb bestehender Wohnanlagen in der Bremer Neustadt. Ein gelungenes Beispiel für eine solche Bebauung sind die Einfamilienhäuser in der Peter-Weiß-Straße und der Theodor-Storm-Straße in der Gartenstadt Süd im Buntentor. In der Bremer Neustadt ist offensiv eine Bebauungsplanung für die Bereiche Oderstraße und Güldenhausgelände aufzunehmen; der dort angetroffene Zustand ist unter keinem Gesichtspunkt akzeptabel.

2. Soziale, wirtschaftliche und ökologische Aspekte des Wohnungsbaus

- Wir fordern eine Bebauung, die soziale Aspekte berücksichtigt, aber nicht verhindert, dass in die Neubaubereiche nur Menschen höheren Einkommens ziehen können. Dabei erkennen wir aber auch, dass eine attraktive höherwertige Bebauung auch dafür sorgt, dass Menschen mit höherem Einkommen und damit Steuerzahler ihren Wohnsitz in Bremen nehmen oder behalten. Eine Stärkung der Bremer Steuerkraft ist unverzichtbar für die Gestaltung des gesamten öffentlichen Bremer Lebens mit Kindergärten, Schulen, Kultureinrichtungen, Sportstätten und allen weiteren Bereichen notwendiger Daseinsvorsorge.
- Ausreichend vorhandener Wohnraum verhindert, dass Mieten aufgrund knappen Wohnraums steigen und damit insgesamt alle Menschen belasten.
- Wir wissen, dass Bremen eine der grünsten Großstädte Deutschlands ist. Gerade auch der Bremer Süden ist ein Beispiel für eine gelungene Verbindung von Grünflächen mit Bäumen, Wiesen und Wasserläufen. Hier denken wir nicht nur an die vielen Grünflächen zwischen den Häusern, die öffentlichen Grünflächen sondern auch an Kleingartenanlagen, den Park Links der Weser und die Flächen auf dem Stadtwerder. Wir sehen durch die aktuell geplanten Baumaßnahmen keinerlei Gefahr, dass die grüne Lunge Bremens auch nur im Ansatz angetastet wird. Wir werden unser Augenmerk darauf richten, dass die in Bremen sehr gut gelungene Verbindung von Grünflächen und Bebauung erhalten bleibt.
- Eine verstärkte Bebauung in der Stadt verhindert Autoverkehr von und nach außerhalb und ist deshalb auch aus ökologischen Gründen zu begrüßen. Grundsätzlich soll Wohnraum Vorrang vor Parkraum haben.
- Der ÖPNV muss den notwendigen Veränderungen in der Stadt angepasst werden. Mit einer verdichteten Bebauung wird es möglich sein, Taktfrequenzen im ÖPNV zu verkürzen und den ÖPNV für Menschen noch attraktiver zu machen. Für Wohngebiete wie z. B. die Gartenstadt Süd oder den Stadtwerder fordern wir, dass überprüft wird, ob nicht durch kleine Bedarfsbusse das ÖPNV-System noch attraktiver gemacht werden kann.

3. Bürgerbeteiligung

- Um eine weitgehende Berücksichtigung der nachbarschaftlichen Interessen zu erreichen fordern wir eine rechtzeitige und offensive Bürgerbeteiligung bei der Planung der Neubauvorhaben. Dafür sind auch moderne Beteiligungsverfahren wie solche, die über das Internet laufen, einzubeziehen. Bürgerversammlungen und leicht zugängliche Auslegung von Plänen gehören für uns ebenso zur Bürgerbeteiligung wie die Durchführung von ergebnisoffenen „Zukunftswerkstätten“.
- Wir stellen aufgrund unserer Gespräche im Stadtteil fest, dass es nicht nur auf eine Bürgerbeteiligung durch die Wohnungsbauunternehmen ankommt. Eine ernsthafte Bürgerbeteiligung setzt voraus, dass auch die Bremer Stadtplanung einbezogen wird. Nur so kann sichergestellt werden, dass eine lebenswerte Umgebung für alle Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt und sich weiterentwickelt.
- Die Stadtteilbeiräte sind das geeignete Forum um Bürgerbeteiligung zu starten, dabei sollte geprüft werden, welche Beteiligungsformen erfolgreich sind. Durch die beteiligten Verwaltungen und die Stadtteilbeiräte ist sicherzustellen, dass Informationen rechtzeitig und umfassend in die Bevölkerung gelangen. Der Zugang zu Informationen und die Möglichkeit zur Einflussnahme muss so umfassend sein, dass kein Bürger an den Informationen und Beteiligungsverfahren vorbeigehen kann; das soll heißen, dass sich die Verfahren den Bürgern quasi aufdrängen müssen.

Größere Einbeziehung hinsichtlich der Planungen zur Einbahnstraßenregelung für den „Am Wall“

Der Senat wird aufgefordert, vor einer Entscheidung zur dauerhaften Einbahnstraßenregelung des „Am Wall“ in dieser, für die Verkehrsführung und die Erreichbarkeit der Innenstadt, wichtigen Frage nicht nur den Beirat Mitte, sondern auch die anliegenden Stadtteilbeiräte zu befassen.

Chancengerechtigkeit und Armutsprävention in den Stadtteilen

1. Soziale Ungleichheit, verfestigte Armut und die Frage nach der Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit

Die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich erhöht, die Schere zwischen Arm und Reich hat sich weiter geöffnet. Trotz eines Rückgangs der Arbeitslosigkeit hat die Armutsgefährdung zugenommen. Zwar erfasst die amtliche Statistik seit dem Wegfall der Vermögenssteuer in Deutschland die Vermögen und den Reichtum nicht mehr. Neuere Studien zeigen aber, dass die Vermögensbesitzenden immer mehr Reichtum bei sich konzentrieren können und der Staat und die arbeitenden Menschen demgegenüber „ärmer“ werden. Gleichzeitig sind die Bildungschancen der Kinder in Deutschland und in Bremen immer noch zu sehr vom sozialen Status der Eltern abhängig. Sozialleistungen aus der Renten- und Arbeitslosenversicherung wurden gekürzt. Der Sozialstaat verfügt heute in Deutschland nicht ausreichend über die notwendige soziale Infrastruktur und die Mittel, um z. B. den Eltern mit Kindern, Alleinerziehenden, gering Qualifizierten, Migrantinnen und Migranten, Langzeitarbeitslosen, älteren und pflegebedürftigen Menschen gleiche Lebenschancen bieten zu können.

Dabei ist auch das grundgesetzliche Ziel der Verwirklichung gleicher Lebenschancen in allen Teilen Deutschlands zunehmend aus dem Blick geraten. So gibt es heute erhebliche Unterschiede zwischen den Bundesländern, einzelnen Regionen und den Großstädten in ihrer wirtschaftlichen, sozialen und infrastrukturellen Entwicklung. In den Großstädten entwickeln sich zudem die Stadt- und Ortsteile unterschiedlich. Die damit einhergehende sozialräumliche Polarisierung führt zu unterschiedlichen Lebenschancen, die durch eine soziale Stadtpolitik ausgeglichen werden müssen.

Bremen verfügt zwar in weiten Teilen über eine auf internationalen Märkten konkurrenzfähige Wirtschaft und ist auch heute noch eine lebens- und liebenswerte, mittlerweile wieder wachsende Großstadt. Bremen muss jedoch trotz seiner Haushaltsnotlage wegen des hohen Anteils prekärer Beschäftigung, der vergleichsweise hohen Arbeitslosigkeit und verfestigten Armut auf massive eigene, gut koordinierte Anstrengungen zur Armutsprävention, zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur und für mehr Chancengerechtigkeit setzen. Diese soziale Stadtpolitik braucht aber, nicht erst jetzt, sondern seit der verstärkten Zuwanderung von Flüchtlingen umso mehr, die aktive Unterstützung des Bundes und der anderen Bundesländer sowie der Europäischen Union (EU).

2. Soziale Stadtpolitik in Bremen: Initiativen für mehr Chancengerechtigkeit und Armutsprävention

Die soziale Stadtpolitik beruht darauf, dass unterschiedliche Politikpfade durch den Bremer Senat im Sinne eines politischen Lernprozesses und einer integrativen Steuerung miteinander koordiniert werden und die für den Erfolg notwendige soziale Infrastruktur Schritt für Schritt geschaffen wird. Eine Schwerpunktsetzung in Quartieren und Ortsteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf soll der sozialen Spaltung entgegenwirken und mehr soziale Gerechtigkeit und Teilhabe ermöglichen.

Der Unterbezirksparteitag fordert daher die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die SPD-Bürgerschaftsfraktion auf:

Für die Armutsprävention und Armutsbekämpfung bedarf es einer noch deutlicheren Schwerpunktsetzung in den sozial benachteiligten Gebieten, um die bereits heute sehr große Integrationsleistung (die angesichts der Zuwanderung von Flüchtlingen noch zunehmen wird) dieser Gebiete stärker zu unterstützen.

Kinderbetreuung/Bildung

- Die Schulen und Kindertagesstätten dieser Stadtteile sind regelhaft quantitativ und qualitativ der sozialen Problemlage entsprechend auszustatten.
- Mehr frühkindliche Bildung vor allem für Kinder mit Migrationshintergrund. Wichtig sind dabei mehrsprachige Informationen zum Anmeldeverfahren in Krippen und Kitas sowie die Beratung der Eltern durch aufsuchende Elternarbeit, um über die Bedeutung für die soziale Entwicklung von Kindern in Krippen und Kitas zu informieren.
- Auf den Zuzug von Zuwanderinnen und Zuwanderern mit Kindern in Wohnungen muss besonders der Fokus gelegt werden. Ein schneller, unbürokratischer und unterjähriger Einstieg in Kinderbetreuungseinrichtungen und in Schulen ist der Grundstein für eine schnelle Integration.
- In den Kinderbetreuungseinrichtungen sollen Sprach- und Kulturlotsen verstärkt auch für die Elternarbeit eingesetzt werden.
- Mehr Plätze im Krippen- und Elementarbereich sind wohnortnah im Sinne der aufholenden Entwicklung einzurichten. Dabei sind auch die Betreuungszeiten einzubeziehen.
- Mehr Sprachförderung in Kita, Grundschule und Oberschule. Vorhandene Ressourcen sind da einzusetzen wo ein großer Bedarf besteht. Die Ortsteile mit schlechten Ergebnissen bei den Cito-Sprachstandstests sind gezielt zu fördern. Ein durchgängiges und aufeinander abgestimmtes Sprachförderkonzept auf dem gesamten Bildungsweg ist umzusetzen.
- Alle Grundschulen müssen nach und nach zu Ganztagschulen umgewandelt werden, Ganztagsangebote sollen an den weiterführenden Schulen finanziert werden.
- Mehr Sozialstrukturstunden in Schulen und Kitas.

- Mehr Sozialpädagogen an die Schulen.
- In den Grund- und Oberschulen ist die Obergrenze der Klassenfrequenzen einzuhalten; in den Krippen und Kitas darf die vorgegebene Gruppenstärke nicht überschritten werden.
- Ausweitung der Vorkursstunden an Grundschulen, sofern eine weitere individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern nötig ist (zurzeit oft nur 20 Stunden/Woche für ein halbes Jahr).
- Kapazitäten unserer Schulen und weiterführenden Schulen wie Berufsschulen sind zu erweitern.

Öffentliche Beschäftigungsförderung für Langzeitarbeitslose

- Verstärkte öffentliche Beschäftigungsförderung für Langzeitarbeitslose (Sozialer Arbeitsmarkt) und Überprüfung des Wettbewerbsverbots der Beschäftigungsträger für soziale Vorhaben, mehr Plätze in den Gebieten der benachteiligten Ortsteile; Das Ziel besteht darin, möglichst viele Langzeitarbeitslose aus dem Stadt- bzw. Ortsteil in gemeinwesenorientierten Einrichtungen zu beschäftigen.

Jugendberufsagenturen/Ausbildungsgarantie

- Dezentrale Beratung vor Ort in den Stadtteilen durch die Jugendberufsagentur, um Jugendlichen die einen Ausbildungsplatz bzw. eine Perspektive nach der Schulzeit suchen, zu unterstützen.
Die Begleitung, Beratung und Hilfestellung beim Übergang Schule und Beruf für Jugendliche aus benachteiligten Familien ist nötig und deshalb auszubauen.

Stadtteilbezogene Finanzierung

- Mehr Globalmittel, OKJA-Mittel sowie Fördermittel wie z. B. „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN), Soziale Stadt und „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS). Der Zuzug von Zuwanderern in einzelne Ortsteile ist dabei zu berücksichtigen. Wir wenden uns gegen Kürzungsbestrebungen und fordern angesichts der veränderten Rahmenbedingungen eine Erhöhung der WiN-Mittel.
- Verstetigung der Dauerprogramme wie beispielsweise VaJA.
- Mehr Mittel für die Jugendarbeit. Erhöhung um 10 Prozent, danach Anpassung an die Lebenshaltungskosten.
- Weiterer Ausbau der ambulanten Unterstützung von Flüchtlingsfamilien in Wohnungen der betreffenden Stadt- und Ortsteile. Nötig ist u. a. die Finanzierung einer Kontakt- und Koordinierungsstelle für die Beratung von Ehrenamtlichen, die sich im Stadtteil für Flüchtlinge und Zuwanderer engagieren wollen
- Der Ausbau der aufsuchenden Altenarbeit ist gerade in den Stadt- und Ortsteilen wichtig, wo die Altersarmut heute schon besteht bzw. noch ansteigen wird. Vorhandene, gut angenommene Treffpunkte älterer Menschen wie beispielsweise Begegnungsstätten sind zu sichern.
- Ausbau von präventiven gesundheitsfördernden Angeboten in den Stadt- und Ortsteilen, um die festgestellten schlechten Gesundheitsdaten zu verbessern.

- Absicherung von Personal-, Betriebs- und Unterhaltungskosten der Familien- und Quartierszentren.

Wohnungspolitik

- Bremen braucht daher bezahlbaren Wohnraum und einen geförderten Wohnungsbau für untere Einkommenschichten. Das Wohnungsbauprogramm des Senats ist zu erweitern, das Wohnungsangebot muss dabei besonders auch auf die Bedarfe von Senioren, Studierenden, Flüchtlinge und Wohnungslose Rücksicht eingehen.

Flüchtlingspolitik

- Zuwanderung aus der EU und durch Flüchtlinge erfolgt vor allem in die Gebiete mit preiswertem Wohnraum. Diese Gebiete müssen daher aus dem Sonderprogramm Flüchtlinge des Senats besonders bei ihrer Integrationsaufgabe unterstützt werden. Das sind vor allem WiN-Gebiete, die mit zusätzlichen Personal- und Sachmitteln zur Beratung und Betreuung der neuen Mitbürgerinnen/Mitbürger und zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements ausgestattet werden müssen.

3. Bundespolitische Initiativen für eine wirksame Armutsprävention und mehr Chancengerechtigkeit

Bremen allein wird Armut nicht erfolgreich bekämpfen können. Dazu bedarf es übergreifendes Handeln von Bund und Ländern. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden daher aufgefordert sich weiterhin für bundespolitische Initiativen einzusetzen oder diese zu ergreifen, die Chancengerechtigkeit und Armutsprävention unterstützen.

- Wer Einkommensarmut abbauen will, muss die unteren Einkommen erhöhen, indem der Niedriglohnsektor bekämpft wird und Minijobs durch reguläre Arbeitsverhältnisse ersetzt werden. Die Bremer SPD setzt sich daher für eine Erweiterung der Tarifbindung und eine Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung ein. Außerdem fordert sie einen ausreichenden gesetzlichen Mindestlohn und die deutliche Verringerung ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse.
- Wer keine Arbeit hat oder nicht mehr arbeiten kann, muss angemessen am Wohlstand in unserer Gesellschaft beteiligt werden. Deshalb fordert die Bremer SPD die Anhebung der Regelsätze nach dem SGB II (Hartz IV) und dem SGB XII (Grundsicherung) um 15%.
- Wer die Schere zwischen arm und reich schließen will, darf auch hohe Einkommen und Vermögen nicht aus dem Blick verlieren. Wir sind für die Erhöhung der Besteuerung hoher Einkommen von über 100.000 € pro Jahr und die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer für hohe Vermögen.

- Kinder sollen kein „Armutrisiko“ sein. Die Bremer SPD ist daher für eine bundesfinanzierte Kindergrundsicherung, die sich aus einem für untere Einkommensgruppen erhöhten Kindergeld entwickeln sollte.
- Bremen hat besonders niedrige Altersrenten. Altersarmut droht. Die Bremer SPD setzt sich daher für eine existenzsichernde gesetzliche Rente ein. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Wiedereinführung der Rente nach Mindesteinkommen und ein Stopp der gesetzlich vorgesehenen weiteren Absenkung des Rentenniveaus. Richtig wäre vielmehr eine schrittweise Erhöhung des Rentenniveaus. Perspektivisch sollte die Förderung privater Altersabsicherung mit Steuermitteln (z.B. Riester- und Rürup-Renten) beendet und stattdessen die gesetzliche Rentenversicherung in entsprechender Höhe weiter gestärkt werden.
- Die Verhandlungen über den Länderfinanzausgleich und die Neuordnung der Bund- und Länderfinanzbeziehungen müssen schnellstmöglich fortgeführt werden. Ziel muss es sein, die im Grundgesetz formulierte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu gewährleisten.
Dabei sind insbesondere die unterschiedlichen strukturellen Bedingungen und die steigenden Kosten für heutige und noch zu erwartende Integrationsleistungen zu berücksichtigen.

Die Bremer SPD fordert den Senat auf, die Planungen für die Einrichtung einer fakultativ geschlossenen Erziehungseinrichtung für in Bremen ansässige Jugendliche voranzutreiben, die mit anderen nicht stationären Maßnahmen der Jugendhilfe nicht mehr erreichbar sind.

Zügige Entwicklung und Bebauung des Gebiets Brokhuchting

Der soziale Wohnungsbau ist voranzutreiben. Wir fordern hierfür eine rasche Klärung der rechtlichen Voraussetzungen für die Bebauung des Areals Brokhuchting. Wir lehnen die Rückführung der bisher zur Bebauung vorgesehenen Fläche zu einem Landschaftsschutz- oder Naturschutzgebiet ab.